

# WGV fordert Bürgerbefragung zum Thema Bäder

Wählergemeinschaft wird Haushalt 2013 nicht zustimmen argumentiert u.a. mit hohen Kosten für Sportplatzverlagerung

**Voerde.** Die Wählergemeinschaft (WGV) kündigt an, dem Haushaltsentwurf auch für dieses Jahr nicht zustimmen zu können und führt mit Blick auf die aktuelle Finanzlage der Stadt die „hohen Kosten der Sportplatzverlagerung mit den dazugehörigen Grunderwerbskosten für Flächen zur Wiederaufforstung“ ins Feld. Im Zuge des Scoping-Verfahrens zum Sportpark-Projekt in Friedrichsfeld hatte der Landesbetrieb Wald und Holz NRW die Forderung erhoben, für den zu rodenden Wald – es geht um 9,6 Hektar – einen Flächenersatz im Verhältnis 1:2 vorzu-

nehmen. Das ist das Doppelte von dem, was ursprünglich angenommen wurde (die NRZ berichtete).

Die WGV fordert eine „aktuelle Kostenberechnung“, die die neue Entwicklung widerspiegelt. Diese sei „unausweichlich“. Wie die Grünen ist auch sie der Ansicht, dass alternativ zum Neubau die bestehenden Anlagen „Am Tannenbusch“ und an der Heidestraße schon vor langer Zeit hätten saniert werden können. Auch beim finanziellen Aufwand ist die WGV überzeugt, dass eine Sanierung der bessere Weg gewesen wäre: „Für die Stadt Voerde

würden mit Sicherheit viel geringere Kosten eingeplant werden müssen.“

Die Entwicklung der Schullandschaft in Voerde beinhaltet für sie die Option neuer Schulmodelle und die Umsetzung der Inklusionsvorgaben von Land und Bund, die auch finanziell begleitet werden müssten. „Investiert werden soll in die Umgestaltung eines bedarfsgerechten Schulangebotes zur Stärkung individueller Förderung.“

Noch viel Beratungsbedarf sieht die WGV in der Frage, welche Modelle zur Gestaltung der Bäderlandschaft umsetzbar sind. Sie schlägt

zur Unterstützung von Verwaltung und Politik eine freiwillige Bürgerbefragung oder einen Ratsbürgerentscheid an einem der nächsten Wahltermine vor.

## Forderung nach Armutsbericht

Mehr als „beängstigend“ findet die WGV-Fraktion die Streichung von Leistungen zur Förderung der Wohlfahrtsinstitutionen. Sie sieht die bedarfsgerechte soziale Infrastruktur alles andere als gesichert und fordert, die soziale Situation in Voerde aus mehreren Perspektiven darzustellen. Darüber hinaus fordert sie

einen „Voerder Armutsbericht“ und eine Diskussion mit allen Trägern der Wohlfahrtspflege im Sozialausschuss. Dieser habe im vergangenen Jahr leider „sehr wenig getagt“. Insgesamt gab es 2012 zwei Sitzungen.

Der WGV fehlt im Haushalt ein Ansatz zum Thema Tourismus. Dieser finde in Voerde zurzeit nicht statt – die Chance, die Stadt außerhalb touristisch bekannt zu machen, werde vergeben.

Weiterhin fest hält die Wählergemeinschaft an ihrer Forderung, für Voerde eine Stadtwerke-Lösung zu prüfen.

P.K.